

demarkt am Mon-  
enden Pferdemarkts in  
waren in der Haupt-  
 fanden, auch nach  
en 20 000 und 300 000

Marktbericht. Zu-  
hren, 95 Kühe, 130  
schweine und 457  
000 — 120 000 Mark,  
0, Kühe 65—80 000  
gründer 20—50 000  
Milchschweine 2800

tt. (Weinherbst.)  
en Trauben anschke-  
) M für den Eimer.  
haltbar zu werden.

Nach Beschluß  
schaft Keutlingen soll  
nnen. Nach sachmänn-  
durchweg gesund und  
auch trotz der ungün-  
vorgeföhrt ist, daß  
auch der Menge nach  
gelingen Gewände) be-

ch nicht an den Börsen- und  
log. wirtschaftlichen Verkehr

eltmann, Calw,  
schreiber, Calw.

ter, Sohn  
Helipon  
unbedingt das Beste,  
s Päckchen erhältlich.

rtamt Neuenbürg.  
ammholz-  
Verkauf.

Mittwoch, 18. Okt.  
vormittags 10 Uhr  
Neuenbürg (Forstamt-  
sel) aus Staatswal-  
den sämtlicher Huten:  
n: 4 Stück mit fm: 6,5  
nd 0,4 VI. Kl. Nadel-  
15 Fo mit fm Langh:  
nd 10 III. Kl. Sägh. 11,  
III. Kl. 2494 Ea u,  
mit fm Langh: 4741,  
1, 777 III., 307 IV., 132  
nd 32 VI. Kl. 116 blo.  
p. mit fm: 471, 48 II.  
40 III. Kl. Losverzeichnis  
von der Forstdirektion  
Stuttgart.

badmögl. Eintritt suche  
n fleißiges, ordentliches

ent-  
Mädchen  
den Alters, das schon  
nt hat und etwas Land-  
schaft versteht, bei hohem

Fabrikant E. Ott,  
Durlacherstraße 22,  
Wforzheim.

nkbadewanne

Badesofen (Holz- und  
eisenenerung) nebst Zu-  
reden zu verkaufen.

iheres durch die Ge-  
sist. ds. Bl. zu erfahren.

Nach berichtet  
das „Calmer  
Tagblatt“ über  
alle wissens-  
werten Vor-  
kommnisse!

e

r Felle all. Art.  
o Mark und mehr.  
Adresse ausschneiden.

Wforzheim,  
Eindendenstraße 52.



Nr. 238 Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 97. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste halbe Zeile 10.—  
Medien Nr. 30.— Auf Sammelangeboten kommt ein Zuschlag von 100 %.— Fernspr. 9.  
Donnerstag, den 12. Oktober 1922.  
Bezugspreis: In der Stadt mit Frachtkosten 12.315.—, vierteljährlich, Postbezugs-  
preis 12.315.— mit Postgebühren. — Einschluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

### Neueste Nachrichten.

Die schon lange geforderten Maßnahmen, die Deutschland gegen den dauernden Sturz der Reichsmark zu unternehmen in der Lage ist, sollen nun in nächster Zeit getroffen werden. Die Reichsregierung hat im Benehmen mit dem Reichswirtschaftsrat beschlossen, Maßnahmen zur Einschränkung der Spekulation mit ausländischen Zahlungsmitteln zu ergreifen. Eine wertbeständige Reichsanleihe soll den Spekulationstrieb ablenken.

Die Reparationskommission hat zu dem Marksturz ebenfalls Stellung genommen, und zwar in der üblichen Weise, daß man nicht seine Hauptaufgabe, nämlich die Ausbuchtung durch die Entente, und den dauernden militärischen Druck seitens Frankreichs zu beseitigen beschloß, sondern eine Verschärfung der Finanzkontrolle über Deutschland als einziges Auskunftsmitel betrachtete.

Die Konferenz von Mudania hat zu einem Ergebnis geführt, das sich dahin kennzeichnet, daß die Türken mit der Räumung Ostthraziens innerhalb 8 Tagen einverstanden sind und mit der Einsetzung einer türkischen Zivilverwaltung 30 Tage nach der Räumung. Uebrigens haben sie sich auch damit einverstanden erklärt, daß die von den Alliierten aufgestellte neutrale Zone um Konstantinopel respektiert wird. Die Griechen haben noch einige formale Vorbehalte gemacht, sie werden aber zweifellos gegen die Beschlüsse nicht aufkommen.

Als Dank für die von den Franzosen geleisteten Dienste soll England, womit man in Deutschland von Anfang an gerechnet hat, den Franzosen Zugeständnisse in bezug auf das Rheinland gemacht haben.

### Die Katastrophe der deutschen Mark. Maßnahmen gegen die Auswüchse der Devisenspekulation.

Berlin, 11. Okt. Wie die Blätter mitteilen, haben seit längerer Zeit zwischen dem Reichsfinanz- und dem Reichswirtschaftsministerium Vorbereitungen für Maßnahmen gegen die Auswüchse der Devisenspekulation stattgefunden. — Wie die „Vossische Zeitung“ wissen will, sollen die Beratungen heute ihren Abschluß gefunden haben. Es sei nicht ausgeschlossen, daß die offizielle Bekanntgabe bereits morgen erfolge. — Der Auktionsverkauf von ausländischen Devisen, der vielfach zu Spekulationszwecken geschieht, ist zu einem großen Teil mit an dem dauernden Fallen des Markkurses schuld. Von allen Fachleuten wird daher eine mögliche Rationierung des Devisenhandels gefordert.

Berlin, 11. Okt. Das Reichsministerium befahte sich mit Maßnahmen zur Verhütung des weiteren Marksturzes. Es wurde vor allem die Notwendigkeit des schleunigen Erlasses von Vorschriften, die die Einschränkung der Spekulation in ausländischen Zahlungsmitteln bezwecken, anerkannt. Es wurde einstimmig beschlossen, dem Reichspräsidenten den sofortigen Erlass einer Rechtsverordnung auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung vorzuschlagen. Im Zusammenhang damit wurden die Frage der Ausgabe wertbeständiger Schahanweisungen, sowie weitere Stützungsmaßnahmen für die Reichsmark erwogen. Die Beratungen hierüber sollen in den nächsten Tagen fortgesetzt werden.

Berlin, 12. Okt. Bei der angekündigten Rechtsverordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung der Devisenspekulation handelt es sich, wie die Blätter wissen wollen, um eine neue Devisenordnung, die darauf hinausgehen soll, daß alle Devisenankäufe den Außenhandelsstellen angezeigt werden müssen und daß keine Devisenankäufe stattfinden dürfen, die zur Beschaffung von Einfuhrwaren nicht benötigt werden. Die Kontrolle soll in der Weise erfolgen, daß von jedem Devisenkaufantrag nicht nur, wie bisher, eine Abschrift an das Finanzamt, sondern auch eine solche an die zuständige Außenhandelsstelle geleitet wird, die dann über die Gültigkeit des Kaufauftrags entscheiden soll. Die Nichtbefolgung der Verordnung soll unter strenge Strafe gestellt werden.

Was die Frage wertbeständiger Schahanweisungen betrifft, so liegt, wie der „Berliner Lokalanzeiger“ schreibt, dem Kabinett ein Vorschlag vor, eine wertbeständige Reichsanleihe zu schaffen, die in Stücken von 500 M oder eines Mehrfachen im Gesamtbetrag von 400 Millionen

Goldmark ausgegeben werden soll. Diese sogenannten Goldschahscheine sollen mit einem Zinsfuß von 4 Prozent ausgestattet und am Fälligkeitstag in Papiermark zum jeweiligen Kurs der Goldmark bezahlt werden.

### Die Reparationskommission und der Marksturz.

Paris, 11. Okt. Nach einer Havasmeldung hat die Reparationskommission heute nachmittag eine halbamtliche Sitzung abgehalten, um die durch den Sturz der Mark geschaffene neue Lage zu erörtern. Der neue Marksturz in den letzten drei bis vier Wochen hat die Hoffnung auf eine Stabilisierung der Mark vernichtet. Die Reparationskommission sieht sich daher gezwungen, die neue finanzielle Lage des Deutschen Reiches noch vor der Brüsseler Konferenz in Betracht zu ziehen. Selbstverständlich wird die Frage der deutschen Finanzkontrolle aufgeworfen werden. Die nächste halbamtliche Sitzung wird sich insbesondere mit den Maßnahmen beschäftigen, die gestatten, die Kontrolle zu verstärken und sie wirksamer zu gestalten. Eine Entschließung der Kommission wird nicht vor Ende der nächsten Woche gefaßt werden.

### Die „Times“ zum Zusammenbruch der Mark.

London, 11. Okt. Zum Zusammenbruch der Mark sagen die „Times“ in ihrem Leitartikel u. a.: Der Schilling koste jetzt 643 statt einer Mark. Bei jedem neuen Marksturz erhebe sich innerhalb und außerhalb Deutschlands die Frage, wann der Zusammenbruch eintritt. In Wahrheit stehe Deutschland bereits mitten in der Finanzkatastrophe, deren volle Auswirkungen noch eintreten würden.

### Ein französischer Minister über die Sachlieferungen.

Paris, 11. Okt. Minister Raibet sprach gestern abend in einer demokratischen Versammlung über die Sachlieferungen. Er erklärte, in einer Zeit, in der 1000 Mark 4,50 Franken wert seien, empfehle der gesunde Menschenverstand die Sachlieferungen. Er erinnerte an den Widerstand gegen die Verwendung deutscher Arbeiter im Wiederaufbaugelände und nannte dieses System wenig praktisch, weil es die deutschen Fabrikanten zwingt, ausländische Devisen zu kaufen, um das in Frankreich beschäftigte Personal zu bezahlen. Er sei Anhänger eines auf der Normalisierung aufgebauten Systems. Man werde in Deutschland nach französischen Plänen die einzelnen Stücke zum Wiederaufbau fabrizieren und sodann nach Frankreich schaffen. Raibet sprach dann auch gegen die Einwendungen der französischen Industriellen gegen die Sachlieferungen, indem er erklärte, man müsse zwar auf die Bedürfnisse der Industrie Rücksicht nehmen, aber auch auf die anormale Lage der Wiederaufbaugelände. Wenn die französische Industrie alle ihre Anstrengungen auf den Wiederaufbau richtete, würden inzwischen ihre Konkurrenten auf dem Weltmarkt ihren Platz einnehmen. Nach Raibet entwickelte der durch das Abkommen Kuppel-Giller bekannt gewordene Gilet den Mechanismus des Wiesbadener Abkommens und des Abkommens Luberjac-Stinnes.

### Einigung der Türken mit den Alliierten.

#### Das Ergebnis des Mudaniaabkommens.

London, 11. Okt. Nach Ansicht des „Daily Express“ bedeutet die Unterzeichnung des Mudania-Abkommens, daß die Krise so gut wie vorüber ist. — Die „Associated Press“ berichtet aus Mudania, daß das von den Alliierten Ismed Pascha unterbreitete Protokoll vorsehe die Räumung Ostthraziens durch Griechenland binnen etwa 8 Tagen und die Uebergabe der Zivilverwaltung an die Türken 30 Tage nach Beendigung der Räumung durch die Griechen. Eine weitere Bestimmung schränke den Umfang der neutralen Zone um Konstantinopel und Gallipoli ein. Die Angoraregierung wird verpflichtet, bis zur Zurückziehung der alliierten Truppen die neutrale Zone zu respektieren und bis zur Ratifizierung des Friedens keine Truppen nach Ostthrazien zu schaffen und auch in Ostthrazien kein Heer auszuheben oder zu unterhalten. Das Abkommen soll 3 Tage nach seiner Unterzeichnung in Kraft treten.

#### Anerkennung des Abkommens durch die Türken.

London, 12. Okt. Den Blättern zufolge wird amtlich mitgeteilt, daß die türkischen Vertreter das Mudaniaabkommen unterzeichnet hätten. Sie hätten sowohl in der Frage der neutralen Zone als auch in der Beschränkung der Gendarmerie nachgegeben. Die griechischen Abgeordneten hätten noch nicht unterzeichnet und sich wegen zweier Punkte nach Athen gewandt.

### Griechische Vorbehalte.

Paris, 11. Okt. Nach einer Havasmeldung aus Konstantinopel wurde der Entwurf des Schlußprotokolls in einer von den alliierten Generalen abgehaltenen Beratung festgesetzt und dann Ismed Pascha in der um 7 Uhr beginnenden neuen Sitzung übergeben. Dieser hat versprochen, der Angora-Regierung sofort zu berichten und unverzüglich Antwort zu liefern. Die griechische Delegation hat erklärt, sie nehme die Vorschläge der Alliierten unter nachstehenden zwei Vorbehalten an: 1. Verlängerung der Frist für die Räumung Thraziens, 2. Aufrechterhaltung der Maritimgrenze von 1914. — Die versöhnliche Haltung der griechischen Delegation hat auf alle übrigen Vertreter einen günstigen Eindruck gemacht. Man ist der Ansicht, daß die Nationalversammlung in Angora sich verjöhlich zeigen wird, wobei man auf die Anwesenheit Kemal in Angora rechnet.

### Englische Konzessionen an Frankreich in bezug auf Deutschland?

Rom, 11. Okt. Von bestunterrichteter Seite erfährt die Telegraphen-Union, daß man sich in der italienischen Konsultation über die neue Verschiebung der europäischen Lage, die sich aus der Orientkrise entwickelt hat, stark beunruhigt fühlt. Der Sieg Lord Curzons im englischen Kabinett gegen Lloyd George soll nach Pariser Meldungen dazu geführt haben, daß Lord Curzon bei der letzten Konferenz in Paris den Franzosen als Äquivalent für ihre Unterstützung Englands auf der Orientkonferenz einen Vertragsentwurf vorgelegt habe, der den französischen Forderungen nach politischer und militärischer Garantien im Rheinland in einem nicht für möglich gehaltenen Umfang entgegenkommt. In diesem englischen Vertragsentwurf werden auch die französischen Ansprüche auf das Saargebiet anerkannt. Bezüglich des Ruhrgebiets scheint sich England einige Vorbehalte gemacht zu haben, doch befürchtet man hier, daß England in dieser Frage Frankreich noch weitere Konzessionen macht. Die neue Linie der englischen Politik wurde auf Vorkommen der Konservativen und maßgebenden englischen Militärführer eingeschlagen, die der Drohung einer türkisch-russischen Front nicht anders als durch ein politisches und militärisches Zusammengehen mit Frankreich zu begegnen wußten. Man erwartet, daß sich die ersten Auswirkungen der englisch-französischen Verständigung in einem sehr schroffen Auftreten des neuen französischen Vorkommenden in der Reparationskommission, Barthou, gegenüber Deutschland zeigen werden.

### England leugnet das Vorhandensein einer Blockade der Dardanellen.

London, 12. Okt. Die britische Regierung beabsichtigt, eine Note an Rußland zu senden, worin die Beschwerde, daß die britische Flotte die Dardanellen blockiere und die Durchfahrt von Schiffen nach Rußland und den Schwarzmeerländern verhindere, beantwortet wird. Die britische Antwort, die sich auf eine Mitteilung des Admirals Broof gründet, stellt ausdrücklich in Abrede, daß irgend eine Blockade der Dardanellen verhängt worden ist, und drückt ihre Überraschung darüber aus, daß eine Beschwerde erhoben wurde, da die Durchfahrt neutraler Schiffe durch die Dardanellen in keiner Weise behindert werde. — In Wirklichkeit sind aber die Dardanellen von den Alliierten doch blockiert, weil ihre Flotte jeden freien Verkehr behindern kann.

### Trochki für Kriegsbereitschaft Rußlands.

Moskau, 11. Okt. In einer Rede auf dem 5. Textilarbeiterkongress betonte Trochki die Notwendigkeit einer Kriegsbereitschaft. Das Hauptgewicht der Politik liege aber auf wirtschaftlichem Gebiet. Das 6. Jahr der Räte-macht werde zweifellos im Zeichen des Aufbaues der Industrie und der Stärkung der Gewerkschaften stehen.

### Die Suche nach den Schulbigen für den griechischen Rückzug.

Athen, 11. Okt. Die Untersuchung über die Verantwortlichkeit für den Rückzug aus Kleinasien wird in kürzester Frist eingeleitet.

### Rückzug Japans aus Mantschou.

Paris, 11. Okt. Nach einer Havasmeldung aus Newyork wird aus Tsingtau berichtet, Japan habe beschlossen, sich zurückzuziehen und China am 2. Dezember die zivile und die militärische Oberhoheit von Mantschou zu überlassen.

## Der Rathenauprozess.

Leipzig, 10. Okt. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen sagte als Zeuge ein Mitglied des „Bundes der Aufrechten“, der Gymnast Stubenrauch, der beschuldigt wird, einen eigenen Mordplan ausgearbeitet zu haben, aus, er habe mit Günther nur theoretisch über die Erschießung Rathenaus gesprochen, die nur als äußerstes Mittel in Betracht kommen sollte. Er habe in diesem Zusammenhang gesagt, der Täter müsse den Minister Auge in Auge erschießen und dann sich selbst töten. Günther habe von der Wohnung des Kommerzienrats Mamrotz als Taktort gesprochen. Der Zeuge sagte weiter aus, er habe Günther schriftlich um Hilfe der Organisation C. zur Ausführung seines eigenen Mordplanes gebeten, doch habe er sich auf diese Weise nur einen Revolver verschaffen wollen. Bei einer Unterredung sei sein Plan von den Mitgliedern der Organisation C., Kern und Fischer, deren Namen er damals nicht gekannt habe, verworfen worden. — Günther sagte aus, er habe den von Stubenrauch als theoretisch bezeichneten Plan als ernst genommen. — Die Vereidigung Stubenrauchs wurde wegen Verdachts der Teilnahme ausgesetzt. — Im weiteren Verlauf sagte die Zeugin Bürtel aus, Diesel habe aus Angst, ermordet zu werden, nach dem Bekanntwerden der Tat nicht anzeigen wollen, daß er den mutmaßlichen Mörder Unterkunft gewährt habe. — Es folgten die Vernehmungen über die Mitwisserschaft an dem Mordplan und an der Beseitigung der Koffer der Täter. — Angeklagter Nemann gab zu, daß er einen Koffer beiseite bringen wollte, da er die Täterschaft Kerns geahnt habe, nachdem er die Zeitungsmeldungen über den Mord gelesen hatte. — Im Falle Tillesen wurde der Zeuge Brüdigam (Frankfurt/Main) vernommen, der aus sagte, daß er keiner politischen Partei angehöre. Vorher sei er Mitglied der SPD gewesen. — Auf die Frage des Vorsitzenden: Was wollten Sie denn bei Tillesen? antwortete der Zeuge: Ich wollte ihn kennen lernen. Er fragte mich, ob ich zuverlässig sei. Als ich dies bejahte, äußerte er, dann wolle er offen sein. Es handle sich um die Organisation C. Er erklärte, man könne die Verhältnisse nur bessern, wenn die Arbeiterschaft provoziert werde. Dann ging er zum Schreibtisch, holte seines Bruders Bild und sagte: „Das ist mein Brüdchen. Er hat das erste Schwein gekillt“. Darauf machte er mir das Angebot, als Spitzel tätig zu sein. Dieses Angebot nahm ich an. Warum, wird sich später zeigen. Um 11 Uhr war die Unterredung beendet und um 2 Uhr fuhr ich nach München. Ich erhielt 2000 M, wovon ich einen Teil meiner Frau gab. In München suchte ich den Kapitänleutnant Hoffmann auf, der sagte: Wenn Tillesen Sie schickt, so wissen Sie ja, worum es sich handelt. Ihre Tätigkeit würde darin bestehen, die Arbeiterschaft zu provozieren. Nur auf diesem Wege ist ein Umsturz herbeizuführen. Die Arbeiterschaft würde gereizt werden, wenn Scheidemann, Rathenau, Gerlach (andere Namen sind mir nicht mehr im Gedächtnis) ermordet würden. Ich sollte vor allem Tillesen persönlich zur Verfügung stehen. — Vorsitzender: Gaben Sie sich den Anschein mit der Ermordung Rathenaus einverstanden zu sein? — Zeuge: Ich hörte nur zu. Solche Dinge hatte ich nicht erwartet. Ich bekam dann 2- oder 3000 M und fuhr nach Frankfurt a. M. zurück. Dort ging ich zur Redaktion der „Volkstimme“ und fragte, was zu tun sei. Wir begaben uns darauf zum Polizeipräsidenten Erler, der erklärte, nichts tun zu können, ich solle versuchen, mehr zu erfahren. Damit begann meine Spitzeltätigkeit. Ich übernahm sie, weil mir der Polizeipräsident und die Redaktion moralische Deckung versprochen. Ich ging darauf zu Tillesen, der mich mit einem mir unbekanntem Begleiter nach Berlin schickte. Dieser brachte mich dort in einem Lokal mit einem dritten Mann zusammen, der mir vertraute. Daraus mußte ich entnehmen, daß er wußte, ich sei in Tillesens Diensten. Da ich angab, mit dem Kasseler Verhältnissen vertraut zu sein, fuhr ich nach Kassel. Ich gewann rein persönlich den Eindruck, daß irgend etwas passieren könne und müsse. — Verteidiger Lüdgerbrunn gab die Erklärung ab, daß der Angeklagte Tillesen besonderen Wert darauf lege, dem Zeugen Brüdigam alsbald gegenübergestellt zu werden. Das, was dieser bis jetzt bezeugt habe, widerspreche von A bis Z der Wahrheit. Zeuge Brüdigam: Meine Angaben sind vollkommen wahrheitsgemäß und enthalten nicht einmal alles, was Tillesen gesagt hat. Ich nehme sie jederzeit auf meinen Eid. — Um 2 Uhr wurde die Sitzung auf morgen Mittwoch vertagt.

### Das Plaidoyer des Oberreichsanwalts.

Leipzig, 11. Okt. Im weiteren Verlauf der Verhandlung führte Oberreichsanwalt Ebermayer in seinem Plaidoyer u. a. aus, es handle sich um eine vorsätzliche und mit Ueberlegung ausgeführte Tötung. Die Täter seien Kern, Fischer und Tschow, die in gemeinsamer Absicht als Mittäter gehandelt hätten. Die Beweggründe zu diesem Verbrechen nicht nur gegen den ermordeten Minister, sondern gegen das ganze deutsche Volk hätten die Angeklagten selbst bezeichnet: Rathenau war ein Schädling und Jude. Letzter Grund sei gewesen, wie Tschow gesagt habe, daß ihnen das Geld ausgegangen sei, womit Tschow, wie er näher erläuterte, die rechtsstehenden Kreise gemeint habe. Die Frage, aus welcher Psyche heraus der Mord geschehen sei, habe Rathenau nach dem Erzberger-Mord selbst beantwortet: Die Stimmung der jungen Leute sei aus der Veränderung der Verhältnisse im Mittelstand und aus dessen Beeinträchtigung zu erklären. Zu der Frage, ob der Mordplan aus dem eigenen Kopf der Angeklagten erwachsen sei, oder ob hinter ihnen Persönlichkeiten gestanden hätten, deren Werkzeug sie gewesen seien, was nach dem Rathen-

## Ämtliche Bekanntmachung.

Betreff: Festsetzung des Wertes der Sachbezüge für die Zwecke der Reichsversicherung.

Die zum Entgelt im Sinne der Reichsversicherungsordnung gehörigen Sachbezüge werden nach Paragr. 160 Abs. 2 der RVO. für den ganzen Oberamtsbezirk Calw mit Wirkung vom 1. Oktober 1922 ab in folgenden Jahreswerten festgesetzt:

### I. Einzelpersonen:

1. freie Kost (volle Verpflegung)	16 000 M
2. freie Wohnung	1 200 M
3. freier Holzbezug und sonstige Sachleistungen außer Ziffer 1 und 2	1 200 M
4. Somit freie Station zusammen	18 400 M

### II. Familien:

1. freie Wohnung	2 400 M
2. freier Holzbezug und sonstige Sachleistungen wie oben Ziff. 3	1 800 M

### III. Ledige Betriebsbeamte:

1. freie Kost	25 000 M
2. freie Wohnung	2 400 M
3. freies Holz, Licht und sonstige Sachleistungen außer Ziff. 1 und 2	2 100 M

### IV. Verheiratete Betriebsbeamte:

Freie Wohnung	2 500 M
---------------	---------

Die bisher in Geltung befindliche Festsetzung vom 5. Juli 1922 tritt mit obigem Termin außer Wirksamkeit.

Calw, den 9. Oktober 1922.

Versicherungsamt Calw. (gez. Bögel, Amtmann)

gef. Stn.

naumord behauptet worden sei, erklärte der Oberreichsanwalt, er könne nach der heutigen Lage der Dinge diese Behauptung nicht als voll erwiesen ansehen. Er halte es jedoch für seine Pflicht, darauf hinzuweisen, daß in der Verhandlung gewisse Umstände eingetreten seien, die den Gedanken nahelegten, daß politische Organisationskräfte hinter den Tätern ständen. Bei sämtlichen anderen Taten der letzten Zeit handle es sich um dieselben Kreise, ja fast immer um dieselben Personen. Es stehe fest, daß durch die fortgesetzte antisemitische Hege eine Atmosphäre geschaffen worden sei, die den Mordplan habe reifen lassen.

### Die Strafanträge des Oberreichsanwalts.

Leipzig, 11. Okt. Nach 2½stündigem Plaidoyer stellte im Rathenau-Prozess der Oberreichsanwalt folgende Anträge: Ernst Werner Tschow wegen Mittäterschaft: Todesstrafe und dauernder Verlust der Ehrenrechte. Hans Gerlach Tschow als Jugendlicher: wegen Beihilfe 4 Jahre Gefängnis und wegen Begünstigung 6 Monate Gefängnis, im ganzen 4 Jahre 3 Monate Gefängnis. Günther: wegen Beihilfe 6 Jahre Zuchthaus und wegen Begünstigung 9 Monate Gefängnis, zusammen 6 Jahre 3 Monate Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust. Salomon: wegen Beihilfe 5 Jahre Zuchthaus. Warnke: 4 Jahre Zuchthaus. Niedrig: 5 Jahre Zuchthaus. Die drei Letzteren je 5 Jahre Ehrverlust. Nemann: wegen Beihilfe 4 Jahre Zuchthaus und wegen Begünstigung 9 Monate Gefängnis, im ganzen 4 Jahre 9 Monate Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust. Schütt und Diesel: bezüglich Beihilfe Freisprechung und wegen Begünstigung je 6 Monate Gefängnis. Steinbeck: wegen Begünstigung und Beihilfe 3 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust. Tillesen und Plaaß: 3 Jahre Gefängnis. Bob: Freisprechung. — Der Oberreichsanwalt erklärte, daß es sich nicht um ein rein politisches Verbrechen handle, sondern um eine reine Mordtat, wenn auch politische Motive eine Rolle dabei gespielt haben möchten. Infolgedessen habe er bei der Todesstrafe und bei den Zuchthausstrafen entsprechende Ehrenstrafen beantragt. Außerdem beantrage er Einziehung der Maschinenpistole. Die Einziehung des Autos beantrage er noch nicht, da eine Mit-hilfe Küchenmeisters noch nicht festgestellt worden sei.

## Deutschland.

### Keine Getreideeinfuhren ins Ausland.

Berlin, 11. Okt. Im wirtschaftspolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrats, der sich mit der Abänderung des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide befaßt, erklärte der Präsident der Reichsgetreidekasse, Geheimrat Merz: Die in den letzten Tagen aufgetauchten Gerüchte, daß die Regierung Aufträge zum sofortigen Einkauf von Getreide im Ausland in Höhe von 100 Millionen Dollar gegeben habe, sind unzutreffend. Die Reichsgetreidekasse hat seit Wochen durch die Einfuhrgesellschaft für Getreide und Futtermittel keine Einfuhren auf dem Weltmarkt tätigen lassen. Die im Ausland gekauften und die auf die Getreideumlage abgelieferten Getreidemengen reichen aus, um die Brotversorgung bis Ende 1922 sicherzustellen.

### Staatsvorschuße zur Sicherung der Brotversorgung in Bayern.

München, 11. Okt. Der ständige Ausschuss des Landtags genehmigte einstimmig die Regierungsvorlage betreffend die Aufnahme einer Staatsschuld zur Sicherung der Brotversorgung, wonach den Kommunalverbänden Vorschuße bis zu 3 Milliarden zwecks Getreidebewirtschaftung gegeben werden, ferner Vorschuße bis 1,5 Milliarden zur anderweitigen Sicherstellung der Brotversorgung bereitgestellt werden sollen.

München, 10. Okt. Der ständige Ausschuss des bayerischen Landtags nahm einen Antrag der Koalitionsparteien an, wonach in Erweiterung der bisherigen Notstandsmaßnahmen 200 Millionen Mark zur Unterstützung von Personen, die ohne eigenes Verschulden in ihrer Lebenshaltung aufs äußerste gefährdet sind, bewilligt werden. Die Unterstützungen sollen insbesondere zur Beschaffung oder Verbilligung von Lebensmitteln und Gegenständen des notwendigen Bedarfs dienen.

## Aufenthaltssteuern für Ausländer in Thüringen

Berlin, 12. Okt. Nach einer Meldung des „Lokalanzeigers“ aus Halle beschloß die thüringische Regierung die Erhebung beträchtlicher Steuern für Ausländer, die sich 14 Tagen in Thüringen aufhalten. Ein Aufenthalt von mehr als 14 Tagen kostet einen Amerikaner 2 bis 4 Dollar, bis zu einem Monat 4 bis 10 Dollar, bis zu 6 Monaten 20 bis 30 Dollar, über 6 Monate 30 bis 50 Dollar. Angehörige anderer Länder, deren Valuta ungünstiger ist, zahlen entsprechend niedrigere Gebühren.

### Der Prozess Fehrenbach.

München, 11. Okt. Der Landesverratsprozess Fehrenbach wird immer noch unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt. Nach Verlesung der Berichte Fehrenbachs an Dr. Gargas bezw. das Büro Transatlantik wiederholte Fehrenbach immer wieder, daß er der Meinung war und immer noch sei, das Internationale Korrespondenzbüro sei kein Spionagebüro. Mit seinen Berichten habe er der deutschen Republik gegen die reaktionären Umtriebe und die Pläne auf Wiederaufrichtung der Monarchie dienen wollen. Auf den Vorhalt des Vorsitzenden, daß dies doch nicht auf dem Umwege über die ausländische Presse möglich sei, erwiderte der Angeklagte, er habe auf diesem Wege die Reichsregierung zum Einschreiten gegen die reaktionären Umtriebe veranlassen wollen. Fehrenbach berichtete über die verschiedenartigsten Vorkommnisse in Bayern. Das Rotterdamer Büro besaß u. a. auch ein Verzeichnis der bayerischen Regiments- und Offiziersvereinigungen.

### Ausschreitungen streikender Arbeiter.

Eberfeld, 11. Okt. Hiesige streikende Bauarbeiter versammelten sich gegen Mittag vor dem Verlagshaus der „Bergisch-Märkischen Zeitung“ wegen der Veröffentlichung einer den Streikenden mißliebigen Notiz in diesem Blatt und verlangten das Erscheinen des für die Notiz verantwortlichen Lokalredakteurs. Dieser erklärte sich bereit, mit einer Abordnung der Streikenden zu verhandeln und evtl. eine von ihnen gewünschte Darstellung des Falles zu bringen. Damit nicht zufrieden, drang eine große Menge Streikender in das Verlagshaus ein, mißhandelte die Mitglieder der Redaktion und des Verlags, die sich ihnen entgegenstellen suchten und zur Vernunft mahnten. Der Redakteur Fischer wurde unter Mißhandlungen aus dem Hause geschleppt. Der Polizei gelang es erst nach einiger Zeit, die Demonstranten zum Auseinandergehen zu veranlassen.

## Aus Stadt und Land.

Calw, den 12. Oktober 1922.

### Die Frage der Rückgabe von Brotmarken.

Die Bekanntmachung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft hat, wie an andern Orten, so auch hier Zweifel darüber ausgelöst, wer eigentlich nach der Bekanntmachung noch versorgungsberechtigt ist. Nicht versorgungsberechtigt sind alle diejenigen ledigen Personen, die im Jahre 1922 mit einem Gesamteinkommen von über 120 000 M zu rechnen haben; bei einem Familienhaushalt kommt noch für jede weitere Person 60 000 M in Anrechnung, jedoch also beispielsweise eine Familie mit einem Kind ein Einkommen bis zu 240 000 M haben kann, ohne die Versorgungsberechtigung zu verlieren. Wenn sich aber in einem Haushalt Personen befinden, die selbständig einkommenssteuerpflichtig sind, so dürfen sie bei der Feststellung der Versorgungsberechtigung natürlich nicht als Haushaltsmitglieder eingerechnet werden. Die Zweifel sind eigentlich nur bei Festbeholdeten entstanden, ob sie den augenblicklichen Gehalt oder aber den gesamten Jahresgehalt berechnen müssen. Da der gesamte Jahresgehalt in Betracht kommt, so dürften eigentlich verhältnismäßig wenig Personen von der Brotversorgung ausgeschlossen sein, nämlich nur die wirklich Gutsituiereten.

### Missionsvortrag.

Wie aus dem Anzeigenteil des heutigen Blattes ersichtlich, wird heute abend Missionar Jost von der Basler Mission auf der Goldküste über seine Arbeit und seine Erlebnisse in dem berückichtigten Manteland in Westafrika reden. Herr Jost war über 20 Jahre dort tätig und hat eine Zeit schönen Fortgangs des Missionswerkes miterleben dürfen, aber auch Zeiten erster Sorge und großer Bedrängnis durchgemacht, z. B. während jener Belagerung von Kumasi im Jahre 1900, wo er zusammen mit den Missionaren Ramsayer und Weller, samt einer kleinen europäischen Besatzung, von Tausenden von Wilden eingeschlossen war, bis endlich nach vielen Wochen im Dunkel der Nacht der Durchbruch gelang. Dann aber hatten die Missionare einen überaus beschwerlichen Marsch durch den Urwald anzutreten. Den Mühsalen dieser Reise fiel leider der junge Missionar Weller zum Opfer. Die andern erreichten das rettende Schiff an der Küste. — Der Vortrag dieses Schweizer Missionars wird viel Glaubensstärkendes und Belehrendes bieten. St.

### Wetterbericht für Freitag und Samstag.

Die Luftdruckverteilung ist unverändert. Am Freitag und Samstag ist weiterhin vielfach neblig, wenig aufheiterndes, aber in der Hauptsache trockenes Wetter zu erwarten.

### Gebt auf des Vieh acht!

(ECB) Um Viehverluste zu vermeiden muß man zurzeit der Kartoffel- und Obsternte die größte Wachsamkeit auf das Gespannvieh verwenden, damit kein Tier einen Apfel oder eine Kartoffel verschluckt. Hat das Tier einen Baum- oder Erdbapfel verschluckt, so lasse man es den Gegenstand ruhig fressen. Will man dem Tier den Apfel entreißen, so wird es ihn alsbald verschlingen. Es kann dann leicht Erstickengefahr eintreten.

## Ein süddeutscher

Stuttgart, Staatspräsident Württemberg die Bildung richtshof des war einig in lische Bespred temberg, Ba stattfinden la

### (ECB)

die Oberreichsanwalt reich beschuldigt sein! Was worden? So kam mit 20 den die taug wenigen Aus kein Kommie trotz allem S jeber hat da Wenn man anhörte, so kommen: D nur ein Jäh war ein Sa des Wortes prügelung, im Ammert kommen, die abends auf derbliche W freisten Sch flogen umh verprügelt Jahr komm dran, um zu

### (ECB)

mädchen von in der Penio angekommen, vermeintlich ging und das

### (ECB)

vom 29. Se stellten um Stand vom ficherungsvere vereinfachun verminderte Betriebstrat stimmungen Dienstatler einen zureic steuerverwe sprechende G günstigen bi Neugeschäfts fall, Leben) d. h. eine G nen erwartete

### (ECB)

sten Diebstal Zollamtsassl Stuttgart, i September k rats in der Bargeld, ein Wäscheküde Börner, der wegen eines verantwortw fängnisstrafe

### (ECB)

zu Wied w dem Nachsch verfeigert, i am ersten 14 800 000, Ausländer i

### (ECB)

Schreiner Fr Verbaht lent Dt von Pfo Er gab zu, d er habe denje Ewa 3000 W übrige aber B Glütspiel ni Glauben und Am Sonntag hier die Anru Urren. Se stand. Es sei

### (ECB)

wärter Bin nicht gleich Mann von d die Futtertr 62 Jahre al (ECB) W Karl Saur u

in Thüringen  
des „Lokalanzei-  
regierung die Er-  
nder, die sich ig  
von mehr als 1  
Dollar, bis zu  
Monaten 20 bis  
ist. Angehörige  
r ist, zahlen ent-

prozess Feschen-  
Difffentlichkeit  
henbachs an Dr.  
wiederholte Fes-  
ng war und im-  
pondenzbüro sei-  
en habe er der  
Umtriebe und  
archie dienen  
auf dies doch  
sche Presse mög-  
auf diesem Wege  
die reaktionä-  
bachs berichtete  
se in Bayern.  
ein Verzeichnis  
vereinigungen.

Arbeiter.  
beiter versammel-  
„Bergisch-Mär-  
er den Streiken-  
langten das Er-  
Lokalredakteurs.  
der Streckenden  
achte Darstellung  
drang eine große  
mishandelte die  
sie sich ihnen ent-  
t. Der Redakteur  
Hause geschleppt.  
e Demonstranten

ad.  
Oktober 1922.  
otmarken.  
Ernährung und  
uch hier Zweifel  
nimmmachung noch  
rechtigt sind alle  
mit einem Ge-  
rechnen haben;  
ede weitere Per-  
sweise eine Ja-  
240 000 M haben  
ieren. Wenn sich  
selbständig ein-  
Feststellung der  
aushaltungsmitt-  
igentlich nur bei  
hen Gehalt oder  
müssen. Da der  
dürften eigentlich  
erforgung ausge-  
ren.

Blattes ersicht-  
der Basler  
arbeit und seine  
in Westafrika  
tätig und hat  
rkes miterleben  
nd großer We-  
Belagerung  
mmen mit den  
einer kleinen  
Wilden einge-  
hen im Dunkel.  
über hatten die  
arsch durch den  
reise fiel leider  
Die andern er-  
Der Vortrag  
aubenstärkendes  
St.

Samstag.  
Im Freitag und  
aufheiterndes,  
arten.  
auf man zurzeit  
Bachsamkeit auf  
ier einen Apfel  
er einen Baum-  
den Gegenstand  
fel entziehen, so  
ann dann leicht

**Ein süddeutscher Senat beim Staatsgerichtshof.**  
Stuttgart, 11. Okt. Heute nachmittag sind hier die Staatspräsidenten, die Justiz- und die Innenminister von Württemberg, Baden und Hessen zu einer Besprechung über die Bildung eines süddeutschen Senats beim Staatsgerichtshof des Deutschen Reiches zusammengekommen. Man war einig in dem Wunsch, daß demnächst eine gemeinschaftliche Besprechung der Justizminister von Bayern, Württemberg, Baden und Hessen mit dem Reichsjustizminister stattfinden soll.

(ECB) Herrenberg, 10. Okt. Am Sonntag fand hier die Wer-Feier statt, die von Stadt und Land sehr zahlreich besucht war. Welche Begebenheit, 20 Jahre alt zu sein! Wo und wann ist dieses Jahr schon festlich begangen worden? Herrenberg wird wohl einzig dastehen. Früher kam mit 20 Jahren die Musterung der Burischen, da wurden die tauglichen Jungen zum Militär geschickt und mit wenigen Ausnahmen wurden alle geschliffen. Man braucht kein Kommisskopf zu sein, aber jeder aktiv Gediente wird trotz allem Schliff heute noch stolz auf seine Dienstzeit sein; jeder hat dabei etwas gelernt, was ihm von Nutzen ist. Wenn man aber am Sonntag abend die Schweinerei mit anhörte, so mußte man unwillkürlich auf den Gedanken kommen: Demen fehlt die Schleifmaschine, und wenn es nur ein Jahrlein wär. Das war ja keine Feier mehr, das war ein Sauf-, Schlacht- und Prügelfest im wahren Sinne des Wortes; statt einer Verbrüderung gab es eine Verprügelung. Mit einem Wort gesagt, schreibt ein Einfinger im Ammertalboten: Eine Herde wilder Tiere war da beisammen, die schon nachmittags im Streit, gegen 10 Uhr abends aufeinander losstürzte, als der Alkohol seine verderbliche Wirkung ausübte. Da blühten die Messer, da kreisten Schirme und Stäbe in der Luft. Weinstaschen flogen umher, gegen 50 Personen mögen sich gegenseitig verprügelt haben. So endete die Wer-Feier. Nächstes Jahr kommen dann jedenfalls schon die Konfirmanden dran, um zu feiern.

(ECB) Weichenbach, Orl. Freudenstadt, 11. Okt. Ein Dienstmädchen von Unterkirch, das bis zum vergangenen Samstag in der Pension Haus Maria hier bedientet war, wurde, zu Hause angekommen, von ihrem Bruder in spähhafter Weise mit einem vermeintlich ungeladenen Gewehr bedroht, wobei ein Schuß losging und das Mädchen tödete.

(ECB) Stuttgart, 11. Okt. Nachdem durch Schiedspruch vom 29. September die Gehälter der Versicherungsangestellten um insgesamt etwa 200 Prozent gegenüber dem Stand vom Juni erhöht wurden, ist bei den hiesigen Versicherungsvereinen, die schon seit längerem mit Betriebsvereinfachungen vorgegangen sind, eine weitere Personalverminderung nötig geworden. Im Einverständnis mit dem Betriebsrat ist nach Maßgabe der Demobilisationsbestimmungen etwa 130 Angestellten mit niedrigem Dienstalter die Kündigung erklärt worden. Für einen zureichenden Ausgleich gegenüber der enormen Kostensteigerung ist neben äußerster Sparsamkeit eine entsprechende Steigerung der Einnahmen unerlässlich. Die günstigen bisherigen Ergebnisse des Umwandlungs- und Neugeschäfts lassen für die drei Vereine (Hauptpflicht, Anfall, Leben) mindestens eine Verdreifachung der Prämien, d. h. eine Gesamtjahresprämie von weit über 500 Millionen erwarten.

(ECB) Stuttgart, 11. Okt. Nach Erhebung seiner ersten Diebstahlsstrafe in Heilbronn wandte sich der 24jährige Zollamtsassistent Rudolf Börner aus Stochheim nach Stuttgart, wo er sich ohne Arbeit durchversperte. Am 5. September drang er in die Wohnung eines Regierungsrats in der Werastraße ein und stahl daraus 25 000 M Bargeld, einen mit 15 000 M bewerteten Anzug, zahlreiche Wäschestücke und anderes im Gesamtwert von 80 000 Mark. Börner, der geständig war und sich in nächster Zeit noch wegen eines weiteren Diebstahls und eines Betrugs zu verantworten haben wird, erhielt für diesmal eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr.

(ECB) Stuttgart, 11. Okt. Im Auftrag der Fürstin zu Wied werden gegenwärtig im Schloß Rosenstein aus dem Nachlaß des verstorbenen Königs Wilhelm Kunstwerke versteigert, die auf 3,5 Millionen veranschlagt sind. Schon am ersten Tage betrug der Erlös für die Gemälde allein 14 800 000, für die Bronzen 900 000. Vieles wurde an Ausländer verkauft.

(ECB) Spaichingen, 11. Okt. Am Donnerstag vermißte der Schreiner Franz Schumacher einen Zehntausendmarktschein. Der Verdacht lenkte sich auf den bei ihm logierenden Malergesellen Ott von Pforzheim, der am gleichen Tag noch verhaftet wurde. Er gab zu, daß er einen solchen Schein habe wechseln lassen, aber er habe denselben bei einem Glücksspiel in Pforzheim gewonnen. Etwa 3000 Mark hatte er bei der Verhaftung noch im Besitz, das übrige aber bereits in Tuttlingen und hier verjubelt. Da er das Glücksspiel nicht nennen wollte, fand er selbstverständlich keinen Glauben und hat auch inzwischen den Diebstahl eingestanden. — Am Sonntag abend fiel der Wirtschaftsführerin im „Waldhorn“ hier die Anruhe des Viehs im Stalle auf, auch hörte sie eine Kette klirren. Sie sah nach und bemerkte, daß die Stallkühe offen stand. Es stellte sich heraus, daß eine wertvolle Kalbin fehlte.

(ECB) Rangendingen i. Hohenzollern, 11. Okt. Farrenwärtter Vinzenz Schilling hatte einen Farren im Stall nicht gleich angebunden. Bei der Fütterung wurde der Mann von dem unruhig gewordenen Tiere gepackt, gegen die Futtertrippe gedrückt und sofort getötet. Schilling war 62 Jahre alt.

(ECB) Weilheim, Orl. Tuttlingen, 11. Okt. Dem Landwirt Karl Saur wurden dieser Tage von einem Vierling Weizen

fämtliche Aehren abgeschritten, so daß nur noch das leere Stroh auf dem Felde steht.

(ECB) Heilbronn, 10. Okt. Der 21 Jahre alte Heinrich Müller von Eberbach war als Heizer auf dem Schlepper Nr. 6 beschäftigt. Der Schlepper lag vom Samstag, den 23. bis Montag, 25. Sept. an der Spitze bei den Schleusen. Müller ließ sich am Sonntag, 24. Sept. mittags Urlaub geben mit dem Vorbringen, seinen Großvater in Neckar-mühlbach besuchen zu wollen. Er kam dort nicht an, soll aber an jenem Sonntag abend in der „Nedarkluft“ mit einem Matrosen von einem anderen Neckarschiff Bier getrunken haben. Seither war er vermißt. Jetzt ist die Leiche Müllers in Wimpfen gelandet worden. Ein Geldbetrag hat sich bei ihr nicht vorgefunden, obwohl Müller am Samstag über 4000 Mark als Arbeitslohn eingenommen und vermutlich bei sich getragen hatte.

(ECB) Heilbronn, 11. Okt. Dienstag abend wurde dem Metzger und Händler August Bachmeier aus Talheim vor der Wirtschaft zum Anker in der Deutschhofstraße ein Wagen samt Pferd (Nappen mittleren Schlags) gestohlen. Auf dem Wagen befanden sich zwei Säcke mit 4 Zentner Zucker und ein Sack mit 2 Zentner Weizen.

(ECB) Nalen, 11. Okt. Der 18 Jahre alte Banklehrling Albert Grupp von Heubach hat sich hier in seinem Zimmer erschossen. Was den jungen Mann in den Tod getrieben hat, ist nicht ersichtlich, da er ein ruhiger stiller Mensch war und in geordneten Verhältnissen lebte.

(ECB) Ulm, 10. Okt. Durch den nachkalten Sommer und durch Hagelschlag, der 15 Gemeinden des Bezirks Ulm schwer betroffen, hat sich die Getreideernte von August auf September verschoben. Der Bezirk Ulm hatte im September 18 Regentage mit einer Regenmenge von 150 mm, 7 bewölkte bezw. Nebeltage und nur 5 Sonnenscheintage. Die ganze Frucht kam infolgedessen wenig trocken in die Scheune und jetzt bald Mitte Oktober liegt noch Weizen und Hafer verdorben draußen, das gut angelegte Dehnd kann nicht mehr dürr gemacht werden und ist dem Verderben preisgegeben, die Winterfrucht kann vor Käse nicht bestellt werden und bei all diesem die Gefahr, daß bald Frostwetter eintritt. Der Ausschuß des landw. Bezirksvereins Ulm hat daher an das Oberamt die Bitte gerichtet, es möge mit den Schulbehörden dahin verhandeln, daß die Kartoffelferien solange verlängert werden, bis die Kartoffeln und Rüben geborgen sind, und die Schulen der Stadt Ulm mögen an schönen Nachmittagen den Kindern von 12 Jahren ab frei geben, damit sie in den benachbarten Ortschaften bei der Kartoffelernte gegen Naturalien an Kartoffeln mitwirken.

(ECB) Friedrichshafen, 10. Okt. Der Verein für Luftfahrt am Bodensee hielt in Konstanz seine Jahreshauptversammlung ab. Aus dem Geschäftsbericht ist ersichtlich, daß der Vorstand, trotzdem das Luftfahrwesen durch den Friedensvertrag fast erdroffelt ist, sehr erprießliche Arbeit geleistet hat. Die Gründung der Bodenseeluftverkehrs-Gesellschaft ist gelungen und diese Gesellschaft konnte sich trotz aller Schwierigkeiten behaupten. Bisher wurden rund 900 Personen befördert; im August hätten zwei Flugzeuge beschäftigt werden können. Besonderes Interesse verwendete der Verein auf den Ausbau des alten dortigen Exerzierplatzes zu einem Flughafen. Die Konstanz Stadtverwaltung bewilligte zu diesem Zweck 250 000 M, welchem Betrag das Reich weitere 100 000 M beifügte. Auf diesem Gebiet muß weiter gearbeitet werden, weil schon im Januar 1923 der deutsche Flugverkehr durch das Rheinland möglich ist. Sowohl nationale wie internationale Fluglinien werden dann entstehen und auf diesen Flugplatz angewiesen sein.

(ECB) Vom Bodensee, 11. Okt. Im Dezember werden in der Schweiz die ersten Fünffrankenscheine wieder in den Verkehr kommen. Man ist gegenwärtig daran, die französischen, belgischen und italienischen Fünffrankenscheine, die in der Schweiz zirkulieren, umzuschmelzen. Es sind im ganzen 16 Millionen Stück. Die Fünffrankennoten werden nach und nach zurückgezogen.

### Württ. Landtag.

(ECB) Stuttgart, 10. Oktober. Präsident Walter eröffnet die 155. Sitzung um 4 Uhr.

In Fortsetzung der Generaldebatte zum Etat erklärt Abg. Andre (3): Die Austragung persönlicher Disserenzen im Plenum des Landtags schadet dem Ansehen des Hauses. Die Redezeit sollte koningentiert werden. Rigoros ist der Ton der Mitglieder der Rechten in ihren oft demagogischen Agitationsreden auf dem Lande gegen Regierung und Koalition. Die Vereinigung der Sozialdemokratie ist zu begrüßen, wenn mit der Vermehrung der Partei auch eine Verstärkung ihrer Verantwortlichkeit erfolgt. Zentrum und Sozialdemokratie haben keine Vernunfttöne eingegangen, sie arbeiten nur zusammen aus der Erkenntnis, daß das Verhältnis der Arbeiterchaft zum Staat gegenüber den Zuständen im alten Staate geändert werden muß. Die Erfüllungspolitik hat den Haß der Welt gegen uns vermindert und die Einigkeit der Entente gefährdet. Durch Annahme des Friedensvertrages haben wir unsere Schuld an Kriege nicht zugegeben. Diese Schuld bestand ja nur in der raschen Entwicklung unserer Industrie. Den Friedensvertrag mußten wir annehmen, um das Vaterland zu retten. All dieser Streit nißt übrigens nur dem Auslande. Notwendig ist Einigkeit, Befestigung der trennenden Momente zwischen den einzelnen Volksschichten und Klassen. Das Schutgesetz richtet sich nicht gegen die Gesinnung, sondern gegen verbrecherische Taten. Die

wirkt. Beamtenchaft dient der Regierung und hat von den Schutzgesetzen nichts zu befürchten. Wir geben dem Reiche was des Reiches ist, bekämpfen aber ungesunden Schematismus und Zentralismus. Das hohe Umlagesoll hat Württemberg der Agitation des Bauernbunds zu verdanken. Der Weg über die Getreideumlage führt dazu, daß der Getreideanbau immer mehr zurückergeht, so daß wir einer Hungersnot entgegengehen. Wir müssen andere Wege suchen, um die Brotverförgung der Minderbemittelten zu sichern. Dieses Milliardendefizit müssen alle besitzenden Kreise des Volkes tragen. Auf steuerlichem Gebiet und dem der Schullasten muß der Not des Mittelstandes viel mehr abgeholfen werden. Die Kemptener Butterbörse bedarf der Kontrolle. Vor den Hotels und Cafes werden Kannen voll Milch abgeladen, während Kinder und Kranke keine haben. Die Landflucht kommt auch daher, daß die Landwirtschaft selbst Kinder in die Industrie abschiebt. Von der hohen Wohnungsabgabe sollte man möglichst viele Wohnungen bauen. In der Bauholzfrage darf nicht der Wald den ganzen Balutage-winn in die Tasche stecken und die Industrie darf nicht nach Goldmark und Auslandswährung fakturieren. Die Papierindustrie hat das Holz zu Preisen gekauft, die einen Papierpreisausschlag für 1922 überhaupt nicht rechtfertigen. Es ist Aufgabe der Regierung, dafür zu sorgen, daß die Mark in Deutschland Währung bleibt und nicht der Dollar an ihre Stelle tritt. Wir haben ebenso eine Diktatur der Industrie wie der Gewerkschaften. Wir brauchen Führer in der Handelsbewegung, die die Interessen der Allgemeinheit über den Standesegoismus stellen und benötigen eine allgemeine Gesinnungsreform. Kapitalisten der Gesinnung gibt es auch unter den Arbeitern. Der Achtstundentag kann für die Industrie wohl getretet werden, nur für die Zeit der Not muß man in manchen Zweigen vom schematischen Achtstundentag abweichen, in den acht Stunden vor allem aber auch intensiv arbeiten. Um die Qualitätsarbeit zu fördern, bedarf die Tarifpolitik einer Aenderung. Neben dem wirtschaftlichen Wiederaufbau muß ein geistig sittlicher Aufbau in unserem demoralisierten Volke vor sich gehen, ausgehend von der Familie als der Keimzelle des Staates und dem Hort der Jugend. Abg. Egeha (DB): Kultur- und Bildungszwecke erheischen größere Ausgaben. Darüber sind ja alle einig, daß der tiefe Grund unseres Elends der Versailler Vertrag ist. Schuld am Kriege sind wir nicht. Niemand hat ihn gewollt, auch die Alldeutschen nicht. Frankreich war der Kriegsheger. Jetzt will es deutsche Gebiete annekieren. Man kann es nicht verstehen, daß das deutsche Volk seine Brüder im besetzten und verlorenen Gebiet vergißt und verläßt. Das Reichsverkehrsministerium ist seiner Aufgabe nicht gewachsen. Unfähige Männer dürfen nicht aus Parteipolitik auf die Ministeressel kommen und fähige verdrängen. Durch den Schulerlaß wird der Kampf zwischen Rechts und Links in die Reihen der Jugend getragen. Die Deutsche Volkspartei steht auf dem Boden der Verfassung, ist aber in ihrer Mehrzahl monarchisch gesinnt. Durch Entfernung der Monarchenbilder nimmt man der Jugend das Gefühl der Ehrfurcht. Das Schutgesetz war in der Erregung wohl notwendig, sein schwarzer Punkt ist die Zusammenföhung des Staatsgerichtshofs. Was ist des Deutschen Vaterland? Ganz Deutschland soll es sein.

### Maßnahmen zu Gunsten alter Bauersleute.

Der Abg. Spiegl (DdP) hat an das Staatsministerium eine kleine Anfrage gerichtet betr. Maßnahmen zugunsten alter Bauersleute, die ihre Existenz aus vollständig unzulänglichen Leibgebenden fristen müssen, sowie zugunsten nachgeborener Bauernkinder, deren Vermögenanteil am Grundbesitz in den letzten Jahren in Papiermark ausbezahlt worden ist und die für die Entwertung des Papiergeldes vom Grundbesitzer entschädigt werden sollen.

### Aenderung des Gemeinbewahlrechts.

(ECB) Stuttgart, 11. Okt. Das Staatsministerium hat dieser Tage den Entwurf eines Gesetzes über Aenderung des Gemeinbewahlrechts festgestellt, der dem Landtag demnächst zugehen wird. Aus dem Entwurf ist hervorzuheben, daß das Recht der Teilnahme an den Wahlen zu den Gemeindeämtern und das Stimmrecht in sonstigen Gemeindeangelegenheiten allen Deutschen zustehen soll, die das 20. Lebensjahr vollendet haben und im Gemeindebezirk seit 6 Monaten wohnen. Wer in Folge Wegzugs das Wahlrecht verloren hat, jedoch vor Ablauf von zwei Jahren in die Gemeinde zurückkehrt, erlangt mit der Rückkehr das Wahlrecht wieder.

### Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

#### Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar stand gestern auf 2627 M, der Schweizer Franken auf 495 M.

#### Märkte.

(ECB) Reutlingen, 11. Okt. (Ehranne.) Zugeführt wurden 585 Kg. Weizen, 120 Roggen, 106 Kg. Gerste, 123 Kg. Haber. Erlös für Weizen: höchster Preis 8000, niedrigster Preis 6000 M; Roggen 5600 M, Gerste 6400 M, Haber: höchster Erlös 7800 M, niedrigster 6000 M je Doppelzentner.

(ECB) Tübingen, 11. Okt. (Obstmarkt.) Zufuhr 4000 Zentner Äpfel, Preis per Zentner 170—200 M, Birnen per Zentner 170—200 M. Verkauf flau.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Werten und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. militärischen Verteilungskosten in Zulage kommen. D. Schmitt.

## Die neue Rechtsform für die Kirche.

Von D. Reinhard Mumm, M. d. N., Mitglied der Verfassungskommision der Kirchenversammlung.

Nach dem neuen amtlichen statistischen Jahrbuch entfallen gegenwärtig auf das Deutsche Reich 38 117 501 evangelische Christen; das sind 65,21 vom Hundert der Gesamtbevölkerung; Preußen zählt 23 373 759 Evangelische, gleich 65,7 v. H. der Gesamtbevölkerung. Die größte evangelische Kirche Deutschlands und Preußens ist zurzeit dabei, ihrer neuen Verfassung die beschließende Gestalt zu geben. Die landesbischöflichen Rechte des Königs von Preußen sind hinfällig geworden. Die Weimarer Verfassung hat die Freiheit der Religionsgesellschaften proklamiert und ihnen zugleich die Stellung öffentlich-rechtlicher Körperschaften belassen. Auf Grund ihres Sachverhaltes haben bereits die meisten deutschen Volkskirchen der Reformation ihre Verfassung neu geformt; im größten Hörsaal der Berliner Universität ist gegenwärtig die evangelische Kirche Preußens, die alle älteren Provinzen, auch Rheinland und Westfalen umfaßt, zur Beratung ihrer neuen Verfassung vereint. Solche Beratung, wenn sie ernst und sachlich ist, kann sich nicht ohne Kämpfe abspielen. Der Kampf um den Bischofsnamen z. B. ist zwar zunächst aus dem Wunsche heraus geboren, anstelle des nie vollstimmlichen Namens „Generaluperintendent“ etwas anderes zu setzen; der schlichte Mann kann solch achtzigjähriges Wort nicht aussprechen. Aber weit über diese äußerliche Hinaus spiegelt sich in diesem Kampf ein Widerstreit großer sachlicher Gesichtspunkte. Die einen setzen in der Einführung des biblischen Bischofsnamens, der in Preußen schon hin und wieder, selbst für einen reformierten Oberhirten gebraucht worden ist, die Gewähr, daß Männer mit starker persönlicher Kraft an den leitenden Stellen stehen; man will „Männer und nicht Maßnahmen“. Die anderen wiederum sehen durch das Bischofsamt die Reinheit reformatorischer Gedanken bedroht und fürchten das Streben nach äußerer Macht; sonderlich

unter den Reformierten des Westens ist die Gegnerschaft groß. Der Ausweg dürfte wohl darin liegen, daß keiner Provinz der Bischofsname aufgedrängt wird, Rheinland und Westfalen also, wenn es ihre Provinzkirche so beschließen sollte, nicht einen „Bischof“ als geistliche Spitze der evangelischen Christen erhält. Da die Synoden künftig der Ausgangspunkt und der Zielpunkt aller Entscheidungen sind, ist die Frage nach dem künftigen Wahlrecht hart umstritten. Zwar besteht weitgehende Einigkeit über den Grundsatz, daß alle erwachsenen Gemeindeglieder in der Form gleichen und geheimen Wahlrechts die Gemeindevertretungen wählen; ein Klassenwahlrecht, nach der Steuerleistung abgestuft, hat es in der evangelischen Kirche nie gegeben. Auch das Frauenstimm- und -wahlrecht, sowie das Verhältniswahlrecht sind kaum noch umstritten. Wie aber sollen die höheren Vertretungskörper, also Kreisynode, Provinzialynode und Generalsynode gewählt werden? Die einen wollen für jede solche Wahl das ganze Kirchenvolk in Bewegung setzen, also stets unmittelbar wählen lassen. Doch ist nach den Erfahrungen in Baden und besonders durch den Blick auf die ungeheuren Kosten solcher Massenwahlen, auch auf die Wahlmüdigkeit in Deutschland dieser Gebante sehr blaß geworden. Die andere Seite will das reine „Stimm-System“, auch das „organische Wahlrecht“ genannt: die Gemeindevertretungen wählen die Kreisynode, die Kreisynoden wählen die Provinzialynode und die Provinzialynode wählt die Generalsynode. Doch haben sich ernste Einwände auch hiergegen ergeben; man befürchtet die Überalterung der Generalsynode und die Übermacht ganz kleiner Kreise. Man erwartet nicht ausreichende Macht der höchsten Vertretung, wenn sie von wenigen Personen, im wesentlichen von den Provinzialynodenvorständen, eingeseht wird. Darum sucht man nach einem „gemischtem System“. Ein erster Versuch, die Provinzialynoden unmittelbar von den Gemeindevertretungen wählen zu lassen, die Wahl der Generalsynode aber bei den Provinzialynoden zu belassen, war ein Fehlschlag; die Macht der Provinzialgewalt über die Zentral-

gewalt wäre dadurch nur gesteigert worden. So ist bei der zweiten Lesung auf Vorschlag des Schreibers dieser Zeilen eine andere Form des „gemischten Verfahrens“ beschlossene worden: die Gemeindevertretungen wählen unmittelbar zur Generalsynode, außerdem aber entsendet jede Provinzialynode sechs Vertreter, darunter ihren Präses, in die kommende Generalsynode. Dieser, mit 102 gegen 87 Stimmen angenommene Antrag ist zur Stunde noch, im Blick auf die 3. Lesung, hart umstritten. Ein lebendiger Kampf hat auch um den „Vorpruch“ der Verfassung, die Präambel, sich entfacht; der Vorpruch stellt fest, daß die Kirche nach wie vor das alte Bekenntnis hat. Der seit Jahrzehnten wogende Kampf um die Person Jesu Christi steht im Hintergrund dieses Kampfes; hoffentlich gelingt es zur 3. Lesung, den rechten Weg zu finden. Nebenher sei es bemerkt, daß Anträge auf Beseitigung entbehrlicher Fremdwörter vorliegen. Ein Fülle von Kämpfen entfacht jede Verfassung. Das ist unvermeidlich und nur ein Zeichen gesunden Lebens. Niemand aber in der evangelischen Christenheit, auch niemand in der Kirchenversammlung, verkennt, daß die Verfassungsformen nicht das Höchste sind. Das Höchste ist die Kraft, die von oben kommt und nach oben reißt. Die evangelische Kirche besitzt ein reiches Segenserbe; sie besitzt auch eine gewaltige Verantwortung gegenüber dem deutschen Volke. Wiederaufbau ist zunächst nicht Sache der wirtschaftlichen Technik, sondern eine Frage der Seele. Die Volkseele hat verlangt, als Ausgangspunkt 1918 Buchergeist und Parteigeist zum vollen Zusammenbruch in der Heimat führten. Dieser Tatsache sollte man auf der politischen Rechten und auf der politischen Linken zustimmen; jedenfalls haben unsere beiden großen Kirchen die Aufgabe, weit über allen Parteigeist hinweg die Brunnen zu graben, daraus lebendiges Wasser quillt und damit das Beste zu tun, was sie für den Wiederaufbau unseres Volkes tun können.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Sellmann, Calw. Druck und Verlag der A. Döschinger'schen Buchdruckerei, Calw.

### Stadtgemeinde Calw.

Unter Bezugnahme auf die Verordnung über die öffentliche Brotversorgung vom 8. September 1922 (Calwer Tagblatt Nr. 232) werden die

**nicht versorgungsberechtigten Personen aufgefordert, ihre Brotkarten**

für die Zeit vom 16. Oktober 1922 an

**am Freitag, den 13. Oktober 1922, vormittags 8—11 Uhr**

beim Stadtschultheißenamt, Zimmer Nr. 14

abzugeben.

Calw, den 12. Oktober 1922.

Stadtschultheißenamt: Göhner.

### Amtsgericht Calw.

Im Genossenschaftsregister wurde heute bei dem Darlehenskassenverein Gchingen e. G. m. u. H. in Gchingen, eingetragen: In der Generalversammlung vom 9. April 1922 ist an Stelle des aus dem Vorstande ausgeschiedenen Johannes Böttinger zum Vorstandsmitglied bestellt worden: Hermann Gräber, Kaufmann in Gchingen. Den 9. Oktober 1922.

Oberschreibe: Dürr.

### Die Farrenhaltung

kommt am Samstag, den 14. Oktober 1922 vorm. 11 Uhr

**auf 6 Jahre zur Wiederverpachtung.**

Es wird vorweg bemerkt, daß der Pächter die Farren auf seine Kosten anzuschaffen und zu verpflegen hat.

Calw, den 10. Oktober 1922.

Stadtptlege: Frey.

**Bad Teinach.**  
Gasthof zum „Hirsch“  
geschlossen.



### Amerikaner

können ihre Rückfahrkarten jederzeit sofort erhalten bei der Agentur der Hamburg-Amerika-Linie

**in Calw Buchhandlg. Dipp**  
(Marktplatz).

Kostenlose Beratung für Reisen nach allen Plätzen in Uebersee, Fahrkarten vorrätig.

# Geld ist

wenn es in Anzeigen-  
Reklame angelegt  
wird, wie ja die Er-  
fahrung lehrt, niemals

# wertlos!



**Bereinigung der Farren-  
halter des Bezirks.**  
Neuregelung der Pachtpreise.

Der Pachtpreis beträgt ab 1. Oktober pro Jahr und Farren . . . Mk. 50000.—  
Das Sprunggeld beträgt mit sofortiger Wirkung . . . . . Mk. 5.—

**Spekhardt.**  
Meine  
**Wirtschaft**  
bleibt auf weiteres  
geschlossen.  
W. Nupps, z. Lam.

**Verloren** ging eine  
**Wagendecke**  
von Calw bis Renheim.  
Der eheliche Finder möchte  
sie gegen Belohnung bei  
**Großhans, Teinach**  
abgeben.

**Haus**  
in Liebenzell  
zu kaufen gesucht.  
Angebote unter Z. L. 238  
an die Geschäftsst. ds. Bl.

**Suche Stroh gegen  
dürres Brennholz  
oder auch gegen  
tannene Breiter.**  
Näheres auf der Geschäfts-  
stelle ds. Bl.

**Zwiebeln**  
zum Einlegen, haltbarste  
Sorte, sind eingetroffen  
**Otto Jung.**

**Ca. 10 Zentner  
Brech-Obst**  
sind zu verkaufen.  
Von wem, sagt die Ge-  
schäftsstelle ds. Bl.

**12 Zentner  
Mostäpfel**  
hat zu verkaufen.  
Wer, sagt die Geschäfts-  
stelle ds. Bl.

Hiedurch zeige ich an,  
daß ich meine

**Praxis  
als Anwalt**  
wieder aufgenommen  
habe.

**H. Fink,**  
Rechtsanwalt  
im Gasthause z. „Ochsen.“

Wer will rasch und  
glücklich  
**heiraten?**  
Auskunft gegen Rück-  
porto durch  
**H. Nagl, Ravensburg,**  
Küftletor.

**Suche sofort ein  
möbl. Zimmer.**  
Angebote unt. M. G. 238  
an die Geschäftsst. ds. Bl.

**Der kluge Landwirt**  
verwendet in seinem  
Stalle nur

**Drogerol -  
Futterkalk**  
das beste  
**Nähr- u. Kräftigungs-  
mittel für alle Tiere**  
besonders Schweine.  
Zur Aufzucht u. schnellen  
Mast unentbehrlich.  
Ein Versuch lohnt sich  
10 fach.

**Allein-Fabrikant  
Drogerol-Werke  
G. Hüssel, Nagold,  
Fil.-Fabr. Haigerloch**  
Nur zu haben in den  
bekanntesten Verkaufsstellen.

### „Bilder aus der Waite-Mission“.

Vortrag von Missionar Jost von der Basler Goldküste-Mission heute (Donnerstag) Abend 8 Uhr im Vereinshaus. — Seidermann herzl. eingeladen. Freiwillige Gaben f. d. Basler Missions-Werk erbeten. Neueste Missionschriften aufgelegt.

## Hochzeits-Feier

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 14. Okt. und Sonntag, den 15. Oktober 1922 stattfindenden

in unserm elterlichen Haus, Gasthaus zur „Krone“ in Neubulach freundlichst einzuladen

**Friedrich Haarer, Metzger,**  
Sohn des Fr. Haarer zur „Krone“ in Neubulach,

**Elisabeth Seeger,**  
Tochter des Jakob Friedrich Seeger, Bauer in Hornberg,

Kirchgang Samstag 1/2 1 Uhr in Neubulach.

Wir bitten, dies statt besonderer Einladung entgegenzunehmen.

### Zirka 10 Erdarbeiter

zum Ausgraben des alten Wasserwerks der Gemeinde Altbulach zum sofortigen Eintritt gesucht, eventl. Akkordvergebung.  
**Gustav Kohler, Maschinen-, Zalmühle Oberamt**  
Fabrik, Calw.

### 2 junge tüchtige Plabarbeiter gesucht.

**L. Woll, Dampfjägewerk, Pforzheim.**

**Gesucht**  
zu baldmöglichst. Eintritt nach Liebenzell einfache

**Lernstübe oder besser. Mädchen**  
für alle Zimmerarbeit, welche auch nähen und bügeln kann. Lohn nach Uebereinkunft. Einfindung der Zeugnisse. Näheres

Frau Dr. v. Koch,  
Bad Liebenzell,  
Hauptstätterstraße.

Zu baldmöglichst. Eintritt suche ich ein fleißiges, ordentliches  
**Dienst-  
Mädchen**  
geheuten Alters, das schon gedient hat und etwas Landwirtschaft versteht, bei hohem Lohn.  
Frau Fabrikant E. Ott,  
Durlacherstraße 22,  
Pforzheim.

**Hiesige Firma sucht**  
ein in Kurzschrit und Maschinen-schreiben gewandtes

**Fräulein**  
mit Praxis. Eintritt sofort. Schriftl. Anerbieten unter Z. L. 234 sind zu richten an die Geschäftsst. ds. Bl.

Älteres, tüchtiges  
**Mädchen,**  
das gut bürgerlich kochen kann bei bestem Lohn zu zweierwachen Personen

gesucht.  
Frau Burger,  
Liebenzell.

**Mostfab**  
316 Liter haltend verkauft. Wer, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.



Nr. 23  
Erscheinung  
Die Reichsregle-  
men gege  
Verordnung  
ländischen Z  
Kleinhandels  
tel ist nur na  
Der Preis für  
dem Beschlu

Die Generalbe-  
politik der  
eröffnet, näm  
danke auf die  
äheren Wä  
figung, und  
von der Regi  
nichtungspoli

Die englische  
turen in Mes  
dieses türkisch

Angesichts solch  
alle orientali  
bliden. Wagh  
ratieren Unt  
bündnis zw  
sein. Die W  
Ditvölker bei  
befinden.

Die Maßnah  
Verbot der Pa  
I

Berlin, 12. O  
des Reichsprä  
Zahlungsmittel  
Reichsverfassung  
ausländischen Z  
Kleinhandelsve  
lungsmitteln be  
ländischen Wä  
ist nur nach vor  
in deren Bezirk  
fang, seinen W  
bedarf es nicht,  
ten oder Bankle  
gung erteilt ist  
getragen ist und  
nigung darüber  
mäßig mit sich  
Auslande notw  
kaufgeschäfte li  
wenn sie sich ü  
haben. Der Au  
schäftes Belege  
liche Niederlass  
ländischen Zahl  
sichtlich ist. Erg  
mittel zu ander  
wendet worden  
nen, daß diesen  
nur nach vorher  
abgegeben werd  
des § 1 abgeschl

Berlin, 12. O  
straße in Höhe d  
Zahlungsmittel  
1. wer vorjährlich  
Verkehr mit aus  
ten des § 1 diese  
den Vorschriften  
gemachten Ver  
ohne vorherige  
wirbt. In gleich  
ten oder deren